

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 05.03.2015**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Festsaal  
Marktplatz 2  
06108 Halle (Saale)

**Zeit:** 17:00 Uhr bis 18:28 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

**Anwesend sind:**

|                                  |  |
|----------------------------------|--|
| Herr Dr. med. Detlef Wend        | SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale),<br>Ausschussvorsitzender       |
| Frau Katharina Brederlow         | Beratendes Mitglied  |
| Frau Christina Greiner           | Fachbereichsleiterin FB Bildung<br>Beratendes Mitglied           |
| Herr Dr. Hendrik Kluge           | Landesschulamt<br>Beratendes Mitglied                            |
| Herr Tobias Kogge                | Evangelischer Kirchenkreis<br>Beratendes Mitglied                |
| Teilnahme bis 17.31 Uhr          | Beigeordneter für Bildung und Soziales                           |
| Frau Gerda Mittag                | Beratendes Mitglied  |
| Herr Rene Moses                  | Kinder- und Jugendrat<br>Beratendes Mitglied                     |
| Herr Mirko Petrick               | Humanistischer Regionalverband<br>Beratendes Mitglied            |
| Frau Anja Pohl                   | Kinder- und Jugendbeauftragter<br>Beratendes Mitglied            |
| Frau Tatjana Privorozkaja        | Stadtelternbeirat<br>Beratendes Mitglied                         |
| Frau Sünнемann                   | Jüdische Gemeinde zu Halle<br>Beratendes Mitglied                |
| Frau Petra Schneutzer            | Polizeirevier Halle (Saale)<br>Beratendes Mitglied               |
| Frau Susanne Willers             | Beauftragte für Migration und Integration<br>Beratendes Mitglied |
| Frau Karin Stark                 | Katholische Kirchen Halle (Saale)<br>Beratendes Mitglied         |
| Stellvertreterin für Frau Sasse  | Jobcenter Halle  |
| Herr Tobias Heinicke             | Stimmberechtigtes Mitglied                                       |
| Stellvertreter für Frau Schubert | Vertreter der Freien Träger                                      |
| Frau Kerstin Köferstein          | Stimmberechtigtes Mitglied                                       |
| Herr Uwe Kramer                  | Vertreterin der freien Träger<br>Stimmberechtigtes Mitglied      |
| Frau Sylvia Plättner             | Vertreter der freien Träger<br>Stimmberechtigtes Mitglied        |
| Herr Jörg Rommelfanger           | Vertreterin der freien Träger<br>Stimmberechtigtes Mitglied      |
| Frau Katja Raab                  | Vertreter der freien Träger                                      |
| Herr Andreas Schachtschneider    | Stimmberechtigtes Mitglied                                       |
| Frau Heike Wießner               | Vertreter der freien Träger                                      |
| Frau Ute Haupt                   | Stimmberechtigtes Mitglied                                       |
| Frau Josephine Jahn              | Vertreterin der freien Träger                                    |
| Herr Klaus Hopfgarten            | Stimmberechtigtes Mitglied                                       |
| Frau Sabine Wolff                | Vertreter der freien Träger                                      |
| Frau Dr. Inés Brock              | Stimmberechtigtes Mitglied                                       |

**Entschuldigt fehlen:**

Frau Helga Schubert

stimmberechtigtes Mitglied  
Vertreterin der freien Träger

Frau Beate Gellert

stimmberechtigtes Mitglied  
Vertreterin der freien Träger

Herr Norbert Böhnke

Beratendes Mitglied

Herr Dr. Toralf Fischer

Beratendes Mitglied

Herr Richter Bruno Glomski

Beratendes Mitglied

Herr Tilo Kurth

Beratendes Mitglied

Frau Kathrin Sasse

Beratendes Mitglied

Frau Susanne Wildner

Beratendes Mitglied

**zu Einwohnerfragestunde**

---

Es gab keine Fragen von Einwohnern.

**zu Kinder- und Jugendsprechstunde**

---

Es gab keine Fragen von Kindern und Jugendlichen.

**zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Herr Dr. Wend, Ausschussvorsitzender**, eröffnete und leitete die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Er stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

**zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

**Herr Dr. Wend** empfahl die Tagesordnungspunkte

3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 04.12.2014

3.2. Genehmigung der Niederschrift vom 18.12.2014

zu vertagen, da sie den Ausschussmitgliedern noch nicht vorlägen.

Weiter informierte er darüber, dass ein Dringlichkeitsantrag von Herrn Kramer vorliegt und bat darum, die Dringlichkeit des Antrages zu begründen.

**Herr Kramer** begründete die Dringlichkeit seines Antrages ausführlich.

U. a. sprach er an, dass im Unterausschuss Jugendhilfeplanung die Jugendhilfeplanung seit Januar 2015 Thema ist. In der letzten Sitzung wurde eine Präsentation vorgestellt. Die Verwaltung wurde gebeten, zur nächsten Sitzung eine entsprechende Jugendhilfeplanung vorzulegen, zu welcher diskutiert werden kann. Im Unterausschuss wurde zeitgleich beschlossen, dass der Jugendhilfeausschuss die Verwaltung beauftragen soll, dies umzusetzen. Da die Antragsfrist zu dem Zeitpunkt verstrichen war und diese Thematik dringend ist, wurde dies heute als Dringlichkeitsantrag eingereicht.

Er bat die Mitglieder, diesen Antrag in der Tagesordnung aufzunehmen.

**Herr Dr. Wend** bat um Abstimmung zur Aufnahme des Dringlichkeitsantrages auf die Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO:**

**einstimmig zugestimmt**

Damit wurde der Dringlichkeitsantrag unter TOP

- 6.1. Antrag Herr Uwe Kramer, Vorsitzender des Unterausschusses Jugendhilfeplanung, zur Jugendhilfeteilplanung §§ 11 ff SGB VIII  
Vorlage: VI/2015/00649

auf die Tagesordnung aufgenommen.

Es lagen keine weiteren Änderungen und Ergänzungen zur Tagesordnung vor.

**Herr Herr Dr. Wend** bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

- . Einwohnerfragestunde
- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschriften
- 3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 04.12.2014 **vertagt**
- 3.2. Genehmigung der Niederschrift vom 18.12.2014 **vertagt**
- 3.3. Genehmigung der Niederschrift vom 13.01.2015
- 4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5. Beschlussvorlagen
- 6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag Herr Uwe Kramer, Vorsitzender des Unterausschusses Jugendhilfeplanung, zur Jugendhilfeteilplanung §§ 11 ff SGB VIII  
Vorlage: VI/2015/00649
- 7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 8. Mitteilungen
- 8.1. Zuwanderung nach Halle 2014

- 8.2. Bericht des Kinder- und Jugendbeauftragten
- 9. Themenspeicher
- 10. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 11. Anregungen

### **zu 3 Genehmigung der Niederschriften**

---

#### **zu 3.3 Genehmigung der Niederschrift vom 13.01.2015**

---

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift vom 13.01.2015.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

### **zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

---

Es gab keine nicht öffentlichen Beschlüsse bekannt zu geben.

### **zu 5 Beschlussvorlagen**

---

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

### **zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

#### **zu 6.1.1 Antrag Herr Uwe Kramer, Vorsitzender des Unterausschusses Jugendhilfeplanung, zur Jugendhilfeteilplanung §§ 11 ff SGB VIII Vorlage: VI/2015/00649**

---

**Herr Kramer** brachte als Antragsteller seinen Antrag ein und verwies auf den Beschlussvorschlag, der aus der letzten Sitzung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung heraus entstanden ist.

Ziel sei eine Vorlage, um über die Jugendhilfeplanung diskutieren und sich einigen zu können, um diese Planung in den Jugendhilfeausschuss bringen zu können.

Das letzte Arbeitspapier, was dazu im Unterausschuss Jugendhilfeplanung war, bezeichnete er als „etwas blutarm“. Es müsse eine bestimmte Qualität gefordert werden, die oberhalb dessen liegt, was zur letzten Sitzung vorgestellt wurde. Dabei müsse man sich nicht zwingend auf eine Vollzeitstellenplanung, personalstellengenau, konzentrieren, wie er erst gefordert hatte. Es braucht eine verlässliche Zuarbeit und ein Eintakten in die Zeitleiste, welche sich der Unterausschuss Jugendhilfeplanung gegeben hatte.

Im Februar sollte dies in zweiter Sitzung erfolgen, was leider nicht erfolgte.

Da die Verwaltung die Vorlage für den Jugendhilfeausschuss Mai anvisiert hat, wäre es wünschenswert, die Unterlagen im April mit der Einladung an den Unterausschuss Jugendhilfeplanung zu versenden.

**Frau Brederlow** sprach an, dass die schriftliche Stellungnahme zu dem Dringlichkeitsantrag noch per E-Mail zugegangen ist.

Sie bat darum, die personalstellengenaue Planung aus dem Antrag herauszunehmen, da per Gesetz die Jugendhilfeplanung den Bedarf feststellt, aber die Abstimmung über die Verteilung in den jeweiligen Arbeitsgruppen nach § 78 SGB VIII stattfindet. Das ist deren eigentlicher Auftrag und könne nicht vorweg genommen und auch nicht im Stadtrat beschlossen werden. Damit würde sich der Jugendhilfeausschuss eine Gestaltungsmöglichkeit nehmen.

**Frau Brederlow** wies wiederholt darauf hin, dass es bestimmte Abläufe innerhalb der Verwaltung zu den Vorlagen gibt, bevor diese den Gremien vorgelegt werden können. Bis April ist dies nicht zu schaffen.

**Herr Kramer** fragte nach, wann die Vorlage im Stadtrat vorgelegt werden soll und was dies für den Unterausschuss und die freien Träger und den Jugendhilfeausschuss heißt.

Dazu teilte **Frau Brederlow** mit, dass die Verwaltungsspitze festgelegt habe, die Vorlage in der Stadtratssitzung im Mai vorzulegen. Die Frage ist, ob der Jugendhilfeausschuss mit einer Lesung auskommen wird.

Der Stadtrat Juni wäre auch noch denkbar. Wenn der Zeitplan innerhalb der Verwaltung abgeschlossen ist, kommt die Vorlage in den Unterausschuss Jugendhilfeplanung und in den Stadtjugendring und die LIGA.

**Herr Kramer** verwies auf § 9 der Satzung des Jugendamtes, in welchem festgelegt sei, dass der Unterausschuss Jugendhilfeplanung die Beschlussfassung für den Jugendhilfeausschuss vorbereitet. Die vorhergehende Sitzung des Unterausschusses wäre am 21. April. Wenn die Unterlagen mit der Einladung rechtzeitig am 07. April vorliegen, würde sich der Unterausschuss damit beschäftigen, ggf. noch in einer Sondersitzung. Er fragte an, ob der Termin gehalten werden kann.

**Frau Brederlow** bejahte dies. In der nächsten Woche erfolgt die Geschäftsbereichsbeteiligung, welche verkürzt werden müsste. Der Vorlage werde gegenwärtig vom Geschäftsbereich erstellt. Bis Ende des Monats könnte dann der Durchlauf innerhalb der Verwaltung erfolgt sein. Sollte es massiven Widerspruch aus einzelnen Bereichen dazu geben, wird es schwierig.

**Herr Kogge** machte deutlich, dass die Verwaltung innerhalb seines Geschäftsbereiches interessiert daran sei, den Termin einzuhalten. Er verwies aber auf die Beteiligung anderer Bereiche der Verwaltung, so auch des Finanzbereiches, die zu Vorlagen innerhalb der Verwaltung ihr Veto einlegen oder zustimmen können. Diese Vorlage müsse innerhalb der Verwaltung abgestimmt sein und kann erst dann den Gremien vorgelegt werden.

**Herr Kramer** sprach an, dass im Dezember die Zeitplanung der Themen für den Unterausschuss Jugendhilfeplanung gemacht wurde, um deutlich zu machen, was vor dem Sommer in der Jugendhilfeplanung laufen muss. Hintergrund für diese Vorlage war, dass alles vor der Antragstellung der freien Träger klar sein sollte. Dies wurde auch langfristig abgeschlossen und kommuniziert. Im Januar 2015 wurde das erste Mal darüber gesprochen und dann gab es die Pause dazu. Er versteht nicht, warum dies jetzt so zögerlich weitergeht.

**Herr Kogge** wies darauf hin, dass es bereits im Vorfeld innerhalb seines Bereiches Diskrepanzen dahingehend gab, was alles in die Planung mit hineingehöre. Dies konnte jetzt ausgeräumt werden. Und erst wenn alle Bereiche zustimmen, gäbe es die Freigabe für eine Vorlage.

**Frau Plättner** unterstützte Herrn Kramer in dessen Aussagen. Sie befürchte, dass das Jahr 2016 wieder ein Übergangsjahr sein wird, weil wiederum vor der Antragstellung bestimmte Dinge nicht geregelt wären. Das sei ein unbefriedigender Zustand.

Sie machte darauf aufmerksam, dass den Mitgliedern die Unterlagen bereits mit der Ladungsfrist vorliegen sollten, damit sich diese darauf vorbereiten können. Es sollte nicht so sein, dass diese erst mit einer PowerPoint-Präsentation vorgestellt werden, wie es in der letzten Sitzung des Unterausschusses geschehen ist.

**Herr Kogge** signalisierte Verständnis zu den Ausführungen von Frau Plättner, verwies aber auf den derzeitigen Sachstand.

Durch **Frau Wolff** wurde darauf hingewiesen, dass mit der papierlosen Ratsarbeit keine Änderung der Vorgehensweise zu Vorlagen erfolgte. Teilweise kämen diese zu spät und kurzfristig überarbeitet an. Sie unterstütze den Antragsteller mit seinem Anliegen.

**Herr Schachtschneider** fragte an, woran es liegt, dass Vorlagen derart lange in der Verwaltung im Umlauf sind. Hier handelt es sich um 5 Monate, bevor die Vorlage vorgelegt werden kann. Er stellte die Anfrage, wie lange die Verweildauer in welcher Leitungsebene ist. Dann kann auch bewusst mit Anfragen oder Anträgen reagiert werden.

Zusammenfassend stellte **Herr Dr. Wend** fest, dass die Jugendhilfeteilplanung schleppend und damit unbefriedigend sei. Die letzte Darstellung im Unterausschuss Jugendhilfeplanung war sehr diffus und nicht der Sache dienend. Er plädierte dafür, in den Antrag einen Termin aufzunehmen und hoffe auf eine Konkretisierung.

Daraufhin formulierte **Herr Kramer** seinen Antrag um und verlas diesen.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Dr. Wend** bat um Abstimmung des geänderten Antrages.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung den Jugendhilfeteilplan §§ 11 ff SGB

VIII für die Jahre 2016 ff. mit einer Vollzeitstellenplanung analog der Fördermittelvorlage (Personalstellengenau) im Jugendhilfeausschuss April 2015 vorzulegen. **im Unterausschuss Jugendhilfeplanung am 21. April 2015 mit der Einladung am 07. April 2015 vorzulegen.**

## **zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

Es lagen keine schriftlichen öffentlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

## **zu 8 Mitteilungen**

---

### **zu 8.1 Zuwanderung nach Halle 2014**

---

**Frau Schneutzer** sprach an, dass die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses um aktuelle Zahlen zur Zuwanderung von Migration und Integration für diese Sitzung gebeten hatten. Geplant war dies eigentlich für Mai 2015. Sie dankte dem Statistikamt, welche es möglich gemacht haben, dass diese aktuellen Zahlen vorgelegt werden konnten. Die Zahlen liegen den Mitgliedern vor, dazu würde sie stichpunkthaft etwas sagen oder für Fragen zur Verfügung stehen.

**Herr Dr. Wend** räumte 3 min. Lesezeit für das vorliegende Papier ein und gab die Gelegenheit für Anfragen.

**Frau Wolff** stellte fest, dass der Sozialraum (SR) I die höchste Anzahl an Flüchtlingen hat und fragte, warum einige Zahlen rot hervorgehoben worden sind.

**Frau Schneutzer** antwortete, dass der Sozialraum I nicht der SR mit der höchsten Anzahl ist sondern der SR IV mit 8,3 % in 2014. Also Halle-Neustadt hat noch den höchsten Ausländeranteil und den höchsten Anteil von Personen mit Migrationshintergrund. Es wurde nach der Entwicklung der am höchsten vertretenen Staatsbürgerschaft gefragt. Rot wurde markiert, wo es die größten Veränderungen gegeben hat und diese in der Rangfolge der am meisten vertretenen Staatsbürgerschaften dargestellt.

Z.B. Staatsbürgerschaft Rumänien SR II hatten im Jahr 2013 insgesamt 34 Personen. Im Jahr 2014 waren es 292 Personen. Deshalb rot, weil es hier eine starke Veränderung innerhalb eines Jahres gegeben hat. Dies dient der besseren Orientierung.

**Frau Dr. Brock** stellte fest, dass die Prozentanteile auf die Gesamtbevölkerung gerechnet wurden. Heißt das beim Zusammenzählen, dass wir 13,3 % Ausländeranteil in Halle (Saale) haben oder muss dies anders gerechnet werden?

**Frau Schneutzer** antwortete, dass sie auf die erste Seite mit der Tabelle zu den Sozialräumen zurückgehen möchte. In den Sozialräumen wurde immer gegen gerechnet,

einmal die deutsche Bevölkerung, dann die ausländische Bevölkerung und dann kommt die Gesamtbevölkerung, die in dem Sozialraum leben. Und das erschließt sich dann prozentual. Ganz unten in schwarz sind die gesamten EinwohnerInnen unter GE zu finden. Es wurde aufgeschlüsselt auf die gesamte Stadt Halle (Saale) und untergliedert auf einzelne Sozialräume. Für diesen Ausschuss wurde auf die Sozialräume Bezug genommen, da es als Arbeitsgrundlage dient.

**Herr Dr. Wend** bat darum, zum Abschluss einige Probleme zu benennen.

**Frau Schneutzer** sprach an, dass bewusst die Bevölkerungsstruktur dargestellt wurde und auch die Zuwanderung über den Ausländeranteil und der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund. Die Gesamtbevölkerung in der Stadt Halle (Saale) ist gewachsen. Wenn nur die Zahlen der deutschen Bevölkerung betrachtet werden, ist die Anzahl gefallen. Der Ausländeranteil ist gewachsen, d.h., der Bevölkerungsaufwuchs ist auf Grund der Zuwanderung gewachsen. Die Prognose sagt aus, dass die Zuwanderung in der Stadt Halle (Saale) über den Ausländeranteil auch in den nächsten Jahren wachsen wird. Wie lange das sein wird, kann nicht gesagt werden. Für die kommenden Jahre ist zu erwarten, dass die Zuwanderung aus den EU-Staaten aber auch die Zuwanderung über das Flüchtlingskontingent hoch sein wird. Wir rechnen derzeit monatlich mit ca. 100 Flüchtlingen, die wir evtl. aufnehmen. Wie alle wissen, geht dies über eine Zuweisung des Landes. Dies wurde im Sozialausschuss bereits mitgeteilt. Dann hätten wir eine Zuwanderung von ca. 1200 Flüchtlingen in unserer Stadt. Sie verwies auf die Darstellung der Zuwanderung auf den letzten Seiten. Sie sprach die geografische Herkunft der Flüchtlinge an. Europa, Asien, Afrika sind prozentual deutlich dargestellt worden. Die Zuwanderung aus den EU-Staaten ist über 50% gegenüber von Drittstaatsangehörige. In den letzten Jahren gab erhöhte EU-Zuwanderung aus Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Polen. Für 2014 gibt es eine klare Darstellung auf der letzten Seite, wie die EU-Zuwanderung sich in der Stadt Halle (Saale) entwickelt hat. Hauptsächlich Rumänien, Polen, Bulgarien und dann Ungarn. D.h. dass auch ein großer Anteil an Kindern mit zugewandert ist. Für den Jugendhilfeausschuss wurden auch die Altersgruppen herausgefiltert: 0 – 3, 0 – 7 Jahre, die bei der Zuwanderung erhöht dabei sind. Damit spielen der Bereich Kita und Schule eine wichtige Rolle, was beachtet werden muss.

**Frau Dr. Brock** äußerte sich positiv zu dieser Darstellung. Wenn man die Bevölkerungsprognose von Halle dazu rechnet, wird diese anders interpretiert, im Sinne von Wirtschaftsstandort etc. Auf die Bemerkung, die von Frau Schneutzer gemacht wurde, wird da keine Rücksicht genommen.

**Frau Schneutzer** antwortete, dass sie das Zahlenmaterial nur aus der Sichtweise als Beauftragte sehen kann. Sie kann nicht darstellen, wie viel internationale Wirtschaftsunternehmen hier ansässig geworden sind und in welcher Situation. Sie stellt die Personen dar. Sie stellt nicht infrage, dass wir kein Wirtschaftswachstum haben auf Grund internationaler Unternehmen.

**Herr Schachtschneider** sprach an, dass der Bund ja Prognosen für die Flüchtlinge macht. Gibt es auch Prognosen für die EU-Bürger-Zuwanderung?

**Frau Schneutzer** verneinte dies. Im Januar gab es eine Zusammenkunft mit der Landesbeauftragten und es wurde zu Prognosen auf Landesebene hierzu angefragt. Es wird ein stetiges Ansteigen geben, es werden weitere Zuwanderungen aus den EU-Staaten erwartet, aber die Höhe ist nicht bekannt.

**Frau Plättner** fragte zu der Prognose von 100 Flüchtlingen pro Monat an. Reichen die anvisierten Asylbewerberunterkünfte aus oder muss auf Grund der Prognose über weitere Standorte nachgedacht werden?

**Frau Schneutzer** antwortete, dass die Stadt Halle (Saale) gut ausgerüstet ist. Wir haben insgesamt vier Gemeinschaftsunterkünfte, zwei Wohngemeinschafts-Unterkünfte wurden 2014 neu geöffnet. Die Volkmannstraße wurde beschlossen, diese wird noch eröffnet. Der Robinienweg ist noch nicht ausgelastet.

Die Flüchtlinge sind momentan im Durchschnitt 3 Monate in den Gemeinschaftsunterkünften und suchen sich dann selbst Wohnraum. Durch die Auszüge können wieder neue Personen aufgenommen werden. Herr Baus geht davon aus, dass wir mit den vorhandenen Kapazitäten einschließlich der Volkmannstraße bis Ende dieses Jahres ausreichen werden.

Vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge werden die neuen Prognosen auch relativ schnell angesagt und als steigend signalisiert. Wir wissen auch nicht, ob nochmal ein Kontingent für syrische Flüchtlinge erhoben wird. Wenn das so wäre, müsste neu geschaut werden, ob die vorhandenen Kapazitäten ausreichen.

## **zu 8.2 Bericht des Kinder- und Jugendbeauftragten**

---

**Herr Petrick** sprach an, dass sein Bericht allen Mitgliedern vorliegt. Er bot an, dass er bei Interesse auch in die Fraktionen oder den Stadtjugendring etc. gehen würde, um ausführlicher dort berichten zu können. Hintergrund für die Form dieses Berichtes ist mit dem Auftrag aus dem Jahr 2010 verbunden, der mit der Errichtung der Stelle des Kinder- und Jugendbeauftragten zusammenhängt und deutlich macht, was in diesem Arbeitsbereich passiert. Seit 2011 ist er auch die Lokale Koordinierungsstelle für die „HALLIANZ für Vielfalt“, das ist eine halbe Stelle vom BUND. Die restlichen 50% beschäftigen sich mit dem, was im Bericht deutlich gemacht wird. Er erwähnte einige Höhepunkte aus dem letzten Jahr und ging auf 3 Projekte näher ein. Er wird in der nächsten Sitzung eine kleine Studie vorstellen, welche in enger Zusammenarbeit mit dem Stadtjugendring, Jugendhilfeplaner und der Philosophischen Fakultät 3 von der Uni durchgeführt wurde. Das Ziel dieser Studie war, das Freizeitverhalten des haleschen Nachwuchses zu erfragen, also Wünsche und Bedarfe. Hier wurden 6 Schulen befragt. Darauf wird im April näher eingegangen werden.

**Frau Dr. Brock** fragte zur Familienverträglichkeit an, zu der es eine positive Entwicklung und öffentliche Wahrnehmung gab. Sie fragte, was die Prüfung der Familienverträglichkeit de facto bringt, ob Hinweise aufgenommen werden und ob es Fälle gab, die auf Grund der Kritik von ihm verändert werden mussten.

**Herr Petrick** antwortete, dass es auf jeden Fall beim Agieren der Verwaltungsmitarbeiter zu einer Veränderung gekommen ist. Es wird ämterübergreifend viel mehr Beratung wahrgenommen. Regelmäßig finden Veränderungen statt. Er koordiniert diese Familienverträglichkeitsprüfung. Er hätte den Bereich der Beteiligung gern noch viel intensiver, es ist aber schon viel passiert. Im Vorfeld wird bei vielen Sachen überlegt, was zu berücksichtigen ist. Gerade mit dem GB II erfolgt hierzu eine sehr gute Zusammenarbeit. Herr Petrick sagte weiter, dass es sein Ziel ist, den Maßnahme- und Kriterienkatalog, welchen es seit 2007 gibt, aktuell anzupassen und zu überarbeiten und den Bereich der

Beteiligung dort noch besser einzuarbeiten. Dazu sind bereits Vorarbeiten gelaufen. Es werde aber noch viel Zeit benötigt.

**Frau Haupt** bezog sich auf den Lokalen Kinder- und Jugendsituationsbericht. Sie fragte, ob eine Weiterführung der Thematik, die jetzt beschrieben wurde, angedacht ist. Wenn es eine andere Thematik ist, wer legt die fest, woher kommt das, gibt es eine Analyse dazu und welche Schwerpunkte werden dann behandelt? Sie bezog sich im Weiteren auf die Spielplatzpaten und fragte nach, welche Aktivitäten es gibt, um das Engagement der Bürger hierzu anzusprechen.

**Herr Petrick** antwortete beziehungsweise auf den Bericht / die Studie mit der UNI. Er sagte, Hintergrund ist, regelmäßige Bedarfsabfragen zu machen. In welchem Rhythmus dies geschehen soll und welche thematische Schwerpunktsetzung erfolgt, ist noch offen. Der Jugendhilfeausschuss kann festlegen, in welchem Themenfeld eine bestimmte Untersuchung aller 2, 3 Jahre stattfinden soll.

In der nächsten Sitzung werden die Hürden und Hemmnisse näher benannt.

Zu den Spielplatzpaten antwortete er, dass er sich generell noch mehr öffentliche Wahrnehmung dazu wünschen würde. Aktuell entsteht mit verschiedenen engagierten Partnern eine Patenschaft zur Thalia-Wiese. Er versucht viel über das Patenschaftsnetzwerk zu bewirken. Im Oktober 2014 gab es eine Patenmesse, im November 2014 einen Patentag.

**Herr Dr. Wend** dankte für die Ausführungen.

## zu 9 Themenspeicher

---

**Frau Brederlow** sprach an, dass der Themenspeicher unverändert ist.

**Frau Plättner** fragte an, was aus den anderen vier Themen geworden ist, welche für heute im Themenspeicher vom 05.02.15 standen. Es kam nur ein Thema von fünf drauf.

**Frau Brederlow** sprach an, dass diese vier Themen im April bzw. im Mai zur Behandlung anstehen.

## zu 10 Beantwortung von mündlichen Anfragen

---

### zu 10.1 Anfrage Frau Dr. Brock

---

**Frau Dr. Brock** fragte, warum zwischen den Sitzungen des Eigenbetriebes Kita ein so großer zeitlicher Abstand vorherrscht. Die letzte Sitzung war am 28.11.2014 und die nächste findet erst am 29.05.2015 statt. Sie bittet um Angabe der Gründe dafür, so mal seit Mai 2014 die Klärung der Kostenstruktur des EB Kita im Vergleich zu denen der Freien Träger aussteht.

**Frau Brederlow** sagte, dass eine Beantwortung durch den EB Kita erfolgen kann.

Die Verwaltung wird die Anfrage weiterleiten.

## zu 10.2 Anfrage Frau Haupt zum DLZ Familie

---

**Frau Haupt** bezog sich auf das DLZ Familie.

Sie fragte, ob die Verwaltung über Erfahrungswerte zur Struktur informieren könnte.

Weiterhin habe sie von Bürgern gehört, dass die Eingangstheke im DLZ Familie nicht dauerhaft besetzt ist. Sie bittet die Verwaltung um Prüfung.

**Frau Brederlow** sagte, dass die Struktur des DLZ Bestandteil der Organisationsuntersuchung des GB IV ist. Es wird strukturelle Änderungen geben. Sie empfahl die Problematik mit in den Themenspeicher für Mai aufzunehmen.

Bezüglich der Besetzung der Eingangstheke erfolgt eine schriftliche Beantwortung.

## zu 10.3 Anfrage Frau Raab

---

**Frau Raab** bezog sich auf die Geschäftsordnung für die Stadt Elternvertretung. Sie sagte, dass der Ausschuss vor geraumer Zeit beschlossen hatte, die Einladungsprozeduren zu verändern. Sie hätte gern eine Information über den aktuellen Stand.

**Frau Pohl** sagte, dass es eine Vollversammlung gab, der Durchlauf verlief ohne Probleme.

## zu 10.4 Anfrage Frau Raab

---

**Frau Raab** fragte zu dem heute verteilten Programmheft zu den Bildungswochen an. Der Oberbürgermeister hat hierzu ein Vorwort gegeben. Wie aus den abgebildeten Logos ersichtlich, ist die Stadt bei diesem Heft mit beteiligt. Auf Seite 32 ist eine Ausschlussklausel enthalten. Hieraus ist entnehmbar, dass nur rechtsextreme Organisationen ausgeschlossen werden und nicht generell extreme Organisationen.

Sie verlas den letzten Satz in der Klausel, der sie sehr verwunderte. In dieser Bildungswoche geht es um die Frage von Diskriminierung. Thor Steiner Kleidung ist weder verfassungsfeindlich noch ungesetzlich und die Personen, die diese Kleidung tragen, evtl. diese Bildung am Nötigsten hätten, werden durch die Klausel ausgeschlossen. Sie bat um eine fachliche Begründung, warum dieser Personenkreis nicht daran teilnehmen darf, vor dem Hintergrund, dass diese nichts ungesetzliches mit dem Tragen dieser Kleidung tun und möglicherweise die ideale Zielgruppe dafür sind, weil sie die Inhalte brauchen.

**Herr Petrick** äußerte sich dahingehend, dass er kein politisches Statement dazu abgeben möchte, da dieses Thema auch ausführlich zu diskutieren wäre. Es geht nicht darum, nicht mit Leuten agieren zu wollen, die nichts Kriminelles tun, wenn sie das tragen. Es würde auch

immer das Gespräch gesucht werden. Es ist eine gängige Ausschlussklausel für Veranstalter und legitim. Das BÜNDNIS „Halle gegen Rechts - Bündnis für Zivilcourage“ ist Hauptveranstalter und hat das natürlich auch in seinem Bereich, über Symbole etc. aufzuklären. Er empfahl, dass dies generell mal zum Thema gemacht werden kann und Fachexperten dazu eingeladen werden können, um sich zu informieren.

#### zu 10.5 Anfrage Herr Kluge

---

**Herr Kluge** bezog sich auf die ausgelaufene Kita-Richtlinie. Er fragte, ob es Überlegungen der Verwaltung gibt, wie Träger künftig Anerkennungspraktikanten beschäftigen und bezahlen können.

**Frau Brederlow** sagte, dass es keine generelle Regelung gibt. Sie wies auf die bisherige Finanzierungsrichtlinie hin, welche weiterhin als Grundlage dient.

#### zu 10.6 Anfrage Frau Wolff zu verschiedenen Themen

---

**Frau Wolff** fragte nach dem Stand der LQE-Verhandlungen.

**Frau Brederlow** sagte, dass man einen 100%-igen Krankenstand habe. Sie hoffe, der Jugendhilfeausschuss nehme ihren Hinweis ernst.

**Frau Wolff** erinnerte an die gewünschte Liste zu evaluierten Vereinen.

**Frau Brederlow** sicherte eine entsprechende Liste zu.

#### zu 10.7 Anfrage Frau Pohl zu verschiedenen Themen

---

**Frau Pohl** bezog sich auf die Erhöhung der Gebühren für die Kindertagesstätten. Sie fragte, ob eine Erhöhung auch in der Stadt Halle geplant ist.

**Frau Brederlow** sagte, dass es im Wirtschaftsplan des Eigenbetrieb Kita einen Vermerk gibt, dass eine Gebührenerhöhung geplant ist. Allerdings ist nicht der Eigenbetrieb zuständig, sondern der Geschäftsbereich. Momentan gibt es aber keine Bestrebungen dahingehend.

**Frau Pohl** bezog sich auf die LQE-Verhandlungen und fragte, ob perspektivisch Qualitätsstandards für Kindertagesbetreuungen geplant sind.

**Frau Brederlow** sagte, dass nichts geplant ist. Momentan habe man andere Prioritäten.

**Herr Schachtschneider** fragte nach einem möglichen Zeitraum.

**Frau Brederlow** sagte, mitunter wird Ende des Jahres damit in Planung gegangen; mit dem Kindergartenjahr 2016/17.

## **zu 10.8   Anfrage Herr Rommelfanger zu Sozialarbeiterstellen**

---

**Herr Rommelfanger** bezog sich auf den Dringlichkeitsantrag Sozialarbeiterstellen für die Silberhöhe aus dem letzten JHA. Er fragte nach dem Stand, ob eine Stellenbesetzung erfolgt oder mitunter noch in Arbeit ist.

**Frau Brederlow** sagte, dass die Stellen im Stadtrat beschlossen wurden, allerdings ohne die Bereitstellung finanzieller Mittel dafür. Solange keine Gelder vorhanden sind, können die Stellen nicht besetzt werden. Die Verwaltung würde eine Besetzung zu Mitte des Monats umsetzen, wenn die Gelder zur Verfügung stehen. Sollte das Geld aus dem Fachbereich 51 genommen werden, wird die Verwaltung in der kommenden Sitzung einen Änderungsantrag zur beschlossenen Fördermittelvorlage einreichen.

**Herr Schachtschneider** sagte, dass im Finanzausschuss verabredet wurde, dass das Geld nicht aus dem Geschäftsbereich IV genommen wird.

**Frau Brederlow** sagte, in der Stellungnahme der Verwaltung zum Stadtrat, wurde der Geschäftsbereich IV als finanzielle Geldquelle genannt.

**Frau Wolff** regte dazu an, dass die Arbeitsgruppe noch einmal präzise die Ziele definieren sollte.

## **zu 11       Anregungen**

---

### **zu 11.1   Anregung Herr Kluge**

---

**Herr Kluge** regte an, die Praxis zu Gebührenrückständen bei Kitas zu überdenken.

**Herr Dr. Wend** beendete die öffentliche Sitzung.

---

Tobias Kogge  
Beigeordneter

---

Dr. Detlef Wend  
Ausschussvorsitzender

---

Uta Rylke  
Protokollführerin